



Positionspapier des 4. Stuttgarter Forums für Entwicklung am 17. Oktober 2014 2015 – und danach? Lokales Handeln für globale Ziele

Präambel

Im September 2000 vereinbarten die Vereinten Nationen mit den Millennium Development Goals (MDGs), bis 2015 Fälle von extremer Armut, Hunger und Trinkwassermangel zu halbieren, Krankheiten wie Aids und Malaria zu bekämpfen und Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu verdoppeln. Obwohl große Fortschritte erzielt werden konnten, sind nach Angaben der UN von 2013 noch immer eine Milliarde Menschen von Wasserknappheit bedroht, leben 2,7 Milliarden Menschen in Armut, leiden 900 Millionen Menschen chronisch an Hunger, sind 60 Millionen Menschen vor Umweltkatastrophen auf der Flucht, besuchen 57 Millionen Kinder keine Schule.

Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) hat das gemeinsam mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH und im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zum Anlass genommen, das 4. Stuttgarter Forum für Entwicklung unter dem Titel „2015 – und danach? Lokales Handeln für globale Ziele“ am 17. Oktober 2014 in Stuttgart zu veranstalten. Gemeinsam mit rund 30 weiteren Institutionen wurde in 12 thematischen Foren sowie einem Schülerforum eine Diskussionsplattform für den Austausch über die Vielfalt kommunaler und regionaler Erfahrungen und Lösungsansätze für eine global nachhaltige Entwicklung geschaffen. Internationale Experten aus den Philippinen, der Demokratischen Republik Kongo, der Elfenbeinküste, Ghana, Burundi und Südafrika sowie nationale Fachleute diskutierten zusammen mit nahezu 600 Besuchern, wie nach 2015 lokales und regionales Handeln zur Umsetzung globaler Ziele beitragen kann und welche Rolle verbindliche Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) in diesem Zusammenhang spielen.

Das 4. Stuttgarter Forum für Entwicklung behandelte vorrangig die Themen lokale Verantwortung, kommunale Partnerschaften und Entwicklungspolitik, Entwicklung und Nachhaltigkeit, Landwirtschaft und weltweite Ernährungssicherung, nachhaltiges Wirtschaften, Bildung und Friedenserziehung, entwicklungspolitische Konzepte „von unten“, Gesundheit für alle, Einbindung von Migrantenorganisationen sowie auf burundische und westafrikanische Erfahrungen und Perspektiven in kommunalen Partnerschaften und in der Entwicklungszusammenarbeit.

Insgesamt wurde deutlich, dass sich die internationalen Vereinbarungen zum Post-2015-Prozess und den Sustainable Development Goals auf die Erfahrungen, das Knowhow und die langjährigen internationalen Beziehungen der vielfältigen Vereine, gesellschaftlichen Gruppen und Kommunen stützen müssen. Insbesondere wurde die „bürgernahe Kommune“ als wichtige Kraft in diesem Prozess herausgehoben und als Schlüssel für den Erfolg gekennzeichnet. Zudem waren sich alle einig, dass ein stärkeres Bewusstsein für das Miteinander in der Welt nötig sei, um messbare Fortschritte zu erzielen. Die Ergebnisse des Forums gehen als „Stuttgarter Impuls für die Post-2015-Agenda“ in die nationale und internationale Diskussion ein.

Ergebnisse

1.) Kommunen auf der ganzen Welt sind für den Post-2015-Prozess bedeutend.

Ihre vielfältigen Erfahrungen mit lokalen Nachhaltigkeitsprozessen und mit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit machen sie zu einem starken Partner für die internationale Staatengemeinschaft. „Wenn ein internationales Entwicklungsprogramm die lokale Ebene nicht berücksichtigt, ist es zum Scheitern verurteilt.“, hieß es aus einem der Fachforen. Die Entwicklungszusammenarbeit braucht die lokale Ebene und damit die Einbindung von lokalen Behörden, zivilgesellschaftlichen Gruppen und des privaten Sektors. Die kommunale Ebene wiederum bedarf einer zielgerichteten Zusammenarbeit mit vielen nationalen und internationalen Partnern, um erfolgreich zu sein. Zusammen können sie durch ihre Arbeit

- die lokale Ebene in den Ländern des Südens stärken, dort demokratische Strukturen festigen und die Zusammenarbeit der lokalen mit der nationalen Ebene verbessern.
- lokale und regionale Wertschöpfungsketten in den Ländern des Südens fördern, um einheimische Rohstoffe dort weiterzuverarbeiten, qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen sowie Bildungs- und Ausbildungssysteme aufzubauen, um Zukunftsperspektiven zu eröffnen und erzwungene Migration zu verhindern.
- die Länder des Südens durch international geltende Regulierungsprinzipien schützen sowie Finanzmittel und Knowhow dort einsetzen, wo sie tatsächlich gebraucht werden.
- die Kooperation mit Migrantenvereinen hierzulande stärken und ehrenamtliche Integrationsarbeit unterstützen. Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund – auch als wertvolle Brückenbauer – führt zu entwicklungspolitischem Engagement vor Ort.

2.) Kommunen stellen mit ihren Landesregierungen mittels nachhaltiger

Beschaffung eine starke Wirtschaftskraft dar. Bund, Länder und Kommunen vergeben allein in Deutschland öffentliche Aufträge in Höhe von 360 Milliarden Euro im Jahr. Mit Hilfe ökologischer und fairer Kriterien können sie durch ihre Beschaffung die ausbeuterische Kinderarbeit weltweit zurückdrängen, der ILO-Arbeitsnorm zu mehr Durchsetzung verhelfen, Energieeffizienz fördern, Einsatz erneuerbarer Energien vermehren und durch verringerten Einsatz von chemischen Mitteln und weniger CO²-Emissionen die Umwelt entlasten. Entsprechend sollten in allen Bundesländern Landesvergabegesetze verabschiedet werden, die öffentliche nachhaltige Beschaffung festlegen.

Auch Unternehmen müssen stärker in die Verantwortung genommen werden. Sie benötigen konkrete Instrumente, um Nachhaltigkeit direkt umsetzen zu können. Gleichzeitig sind gesellschaftliche Gruppen als kritische Begleiter von Unternehmen und als Kooperationspartner wichtig. Vielfältige Beispiele zeigen bereits, dass nachhaltiges Wirtschaften sich auch betriebswirtschaftlich rechnet.

3.) Die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure trägt zu einem erfolgreichen

Gelingen bei. Wichtig sind die Kohärenz zwischen kommunaler, sektoraler, nationaler und internationaler Ebene wie die Verfolgung einer gemeinsamen Strategie verbunden mit der Zuweisung entsprechender Ressourcen. Die Definition von Bedürfnissen und davon abgeleiteten Projekten muss mit den Partnern getroffen, die Geber-Nehmer-Mentalität abgebaut und eine finanzielle Mitbeteiligung der Partner, z. B. als Voraussetzung für gemeinsame Projekte, vereinbart werden.

4.) Information, Aufklärung und Bildung – „Bildung für das Leben“ – sind wesentliche Schlüssel, um globale Zusammenhänge zu erkennen, lokale Lösungsansätze zu entwickeln und Partnerschaften mit unterschiedlichen Akteuren einzugehen. Diese helfen beim Aufbau demokratischer Strukturen und bei der interkulturellen und interreligiösen Verständigung, sie stärken Frauen in ihrer Selbstständigkeit, dienen der Gesundheitsversorgung und helfen bei der Prävention von Krankheiten. Erfahrungsaustausch und gegenseitiges Training sind überdies von großer Bedeutung – sei es zum Schutz und zur Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, bei Fragen zum Gesundheitsschutz, in der Friedenserziehung oder bei der Konfliktbearbeitung.

Fazit

Kommunen benötigen für ihre Entwicklungspolitik die Rückendeckung durch ihre Landesregierungen und ausreichend finanzielle Mittel, um zusammen mit ihren zivilgesellschaftlichen und internationalen Partnern erfolgreich zu sein. Die „globale nachhaltige Kommune“ muss zu einem politischen Auftrag der Kommunen werden. Dafür sind kommunale Nachhaltigkeitsmanagementstrukturen ebenso aufzubauen wie die verstärkte Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern. „Mehr denn je braucht es kreative Ideen, den Willen und die Mithilfe aller, im Norden wie im Süden, um in gemeinsamer Verantwortung die Welt zukunftsfähig zu machen.“, betonte Rainer Lang, Geschäftsführender Vorstand der SEZ.

Wichtige Instrumente sind international verbindliche Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen. Denn, so Gabriela Büssemaker, Hauptgeschäftsführerin der Engagement Global gGmbH, „es wird die Post-2015-Agenda sein, die ab Ende 2015 die Wende zum Besseren einleiten soll. Eine Welt ohne Hunger und Armut ist das Ziel der Post-2015-Agenda, die uns alle etwas angehen wird – auch die Industrieländer.“ Und gerade Deutschland zeige als föderales und dezentrales Land, dass starke Kommunen unbedingt dazu gehören, wenn es international um eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit gehe, bekräftigte Günther H. Oettinger, Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar, im Rahmen der abschließenden Diskussion des 4. Stuttgarter Forums für Entwicklung. „Global agieren und lokal aktivieren wird zu Recht in diesem Land in den Vordergrund gestellt.“

Das ausführliche Programm der Tagung vom Oktober 2014, Präsentationen und Fotoeindrücke finden Sie unter www.sez.de.